

Frau Bähr-Losse nahm für die SPD-Fraktion Stellung zu der Sitzungsvorlage. Sie lehnte das vorgelegte Konzept ab, da mit der Umsetzung des Konzepts erhebliche Kosten durch Personal und externe Aufträge verbunden seien. Statt den Verwaltungsapparat weiter aufzublähen sollten bereits vorhandene Informationen, die ohne großen Aufwand an Personal oder sonstigen Kosten ermittelt werden können, genutzt und zusammengeführt werden. Es sollten Gespräche mit den Schulen selbst gesucht werden, um den Bedarf zu ermitteln und diesen in eine kurz-, mittel- und langfristige Planung einfließen zu lassen. Die Gelder für die Bestandsaufnahme sollten direkt in die Schulen fließen.

Herr Lübken wies die Kritik an dem Konzept zurück und teilte mit, die Sitzungsvorlage entspreche dem Auftrag, den die Verwaltung in der letzten Sitzung des Ausschusses am 26.02.2008 einstimmig erhalten habe. In der Sitzungsvorlage sei zudem keine Zahl enthalten, die eine Aussage darüber treffe, welche Kosten mit der Umsetzung eines solchen Konzepts verbunden seien. Es habe der Auftrag bestanden, eine fundierte Analyse vorzulegen und sich nicht in einzelnen Punkten zu verlieren. Mit dem vorgelegten Konzept werde die Möglichkeit gegeben, die geforderte umfassende Analyse zu verschiedenen Bereichen künftig vorzulegen. Ob dies dann letztendlich wirklich Kosten verursache oder auf einer anderen Basis Synergieeffekte intern erzielt werden können, stehe überhaupt noch nicht fest.

Herr Grzeszkowiak begrüßte für die CDU-Fraktion das vorgelegte Konzept, da erstmalig zielgerichtet, konstruktiv und langfristig für die Schulen in Sankt Augustin geplant werde. Dafür sei eine objektive Feststellung und umfassende Datenerhebung unerlässlich, die mit diesem Konzept erreicht werde.

Die weitere kontrovers geführte Diskussion drehte sich insbesondere um die finanziellen Folgen des Konzepts. Seitens der Verwaltung wurde deutlich gemacht, dass das vorhandene Personal zur Umsetzung des Konzepts möglicherweise quantitativ nicht ausreichend sei. Die Kommunikation zwischen den Schulen und der Verwaltung sei vorhanden. Seitens der Schulen würden die bestehenden Bedarfe auch gemeldet, überstiegen jedoch die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen. Zudem habe die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes vorgegebene Deckelung des Budgets zu einer Verengung der Ausgabefreiheit und damit zu einem für die Schulen unbefriedigendem Ergebnis geführt.

Seitens der SPD-Fraktion wurde nochmals deutlich gemacht, das vorgelegte Konzept könne wegen des skizzierten Personalbedarfs nicht mitgetragen werden. Seitens der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde deutlich gemacht, es sei bekannt, dass jede Schule ihre Bedarfe habe, jedoch sei eine professionelle Planung wichtig, um die notwendigen Bedarfe zu ermitteln. Es sei daher eine entsprechende Bestandsaufnahme unabdingbar und das vorgelegte Konzept daher weiterzuentwickeln.

Im Anschluss ließ der Vorsitzende über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: